

Antrag

der Abgeordneten Marco Bülow, Dirk Becker, Gerd Bollmann, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Ulrich Kelber, Dr. Bärbel Kofler, Ute Kumpf, Dr. Matthias Miersch, Thomas Oppermann, Frank Schwabe, Ute Vogt, Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Keine deutsche Zustimmung zu einer europäischen Förderung der Atomenergie

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die dänische EU-Ratspräsidentschaft hat von den Mitgliedstaaten Stellungnahmen zum EU-Energiefahrplan bis 2050 erbeten.

Vier Mitgliedstaaten, Großbritannien, Frankreich, Polen und Tschechien, setzen sich in ihren Stellungnahmen für eine Gleichstellung der Atomenergie mit den erneuerbaren Energien ein, da beide Energieformen CO₂-neutral und damit wichtige Mittel gegen den Klimawandel seien. Dementsprechend müsse die finanzielle Förderung des Abbaus der CO₂-Emissionen technologieneutral erfolgen.

Die Motivation hinter dieser Forderung ist jedoch ökonomischer Natur. Alte abgeschriebene Reaktoren sind nur durch in den letzten Jahrzehnten geflossene Milliardensubventionen und die Vergesellschaftung der Folgekosten für die Betreiber profitabel. Der Neubau von Reaktoren rechnet sich dagegen nirgends auf der Welt, da er deutlich teurer ist und länger dauert als bei jedem anderen Kraftwerk, gleichzeitig aber durch die Entwicklung der erneuerbaren Energien in Zukunft kein Preisvorteil besteht. Atomenergie ist nicht nur viel zu gefährlich, sondern auch schlichtweg nicht wettbewerbsfähig.

Selbst in den atomfreundlichsten Ländern Europas oder den USA werden nicht in großem Stile neue Atomkraftwerke (AKW) gebaut. Im Gegenteil, Großbritannien versucht seit Jahren, neue AKWs zu bauen, allerdings haben sich bis jetzt keine Investoren gefunden, die die Milliardenrisiken tragen wollen. Frankreich weiß nicht, wie es seinen veralteten Reaktorpark erneuern soll, ohne dem französischen Steuerzahler Milliardenkosten aufzubürden; schließlich ist das einzige Betreiberunternehmen mehrheitlich in staatlicher Hand. Auch Polen und Tschechien müssen für ihre AKW-Neubauprojekte auf Unterstützung mit EU-Mitteln hoffen, da diese ansonsten zu scheitern drohen. Die Investitionskosten sind nicht nur viel zu hoch, sondern auch unkalkulierbar, wie das Beispiel im finnischen Olkiluoto zeigt. Hier haben sich die Baukosten von 3 auf derzeit 6,6 Mrd. Euro erhöht. Es ist nicht einmal klar, ob selbst diese mehr als doppelt so hohe Summe ausreichen wird.

Wenn also offensichtlich ist, dass der Neubau von Atomkraftwerken in einem immer flexibler werdenden europäischen Strommarkt privatwirtschaftlich nicht refinanzierbar ist, so müsste die Konsequenz selbst bei Atomkraftbefürwortern heißen, dass man sich aus rein wirtschaftlicher Vernunft von den Ausbauplänen

verabschiedet. Förderungen für eine Energieform, die es in 50 Jahren nicht geschafft hat, sich komplett ohne Unterstützung des Steuerzahlers ökonomisch zu rechnen, sind auch unabhängig von den immensen Gefahren der Atomenergie nicht darstellbar.

Zudem ist die Atomenergie nicht CO₂-neutral. Ein Vergleich der Klimabilanzen der Stromerzeugungsarten, den das Öko-Institut im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vornahm, ergab, dass wegen des hohen Energieverbrauches beim Uranabbau bis zu 300 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde freigesetzt werden. Die Windkraft kommt, einschließlich der Produktion der Anlage, auf 22 Gramm pro Kilowattstunde.

Der Bundesregierung wird es nicht gelingen, der deutschen Bevölkerung plausibel zu erklären, warum man in Deutschland aus der Atomenergie aussteigt, aber gleichzeitig die Förderung von AKW-Neubauten in angrenzenden Ländern akzeptiert.

Die Fraktion der SPD fordert die Bundesregierung daher auf, die Umsetzung solcher Pläne zu verhindern und sich stattdessen konsequenterweise für einen europaweiten Atomausstieg zu engagieren.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- sich beim Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie am 15. Juni 2012 klar gegen eine Gleichstellung der Atomenergie mit erneuerbaren Energien und gegen jedwede Subventionierung vorhandener oder geplanter Atomkraftwerke auszusprechen und
- gleichzeitig darauf hinzuwirken, dass die eingeleitete Energiewende, insbesondere im Bereich der Energieeffizienz hin zu ambitionierten Zielen weiterentwickelt wird.

Berlin, den 8. Mai 2012

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion